

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

254 (29.10.1896) I. Blatt

Ausgabe
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch den Agenten
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 2.

Telephonanschluß Nr. 401.

Einzelgebühren:
Die 1/2paltige Kolonellkarte
oder deren Raum 20 Pf.,
im Reklametheile 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Gebühreneinlagen
werden nicht aufbewahrt
und können nachträgliche
Honorar-Ansprüche keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 254. I. Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 29. Oktober

1896

Einladung.

Abonnements auf die täglich 2mal erscheinende
„Badische Landeszeitung“
mit täglichem Unterhaltungsblatt
werden für die Monate November und Dezember bei
sämtlichen Postämtern entgegengenommen.
In Karlsruhe kann man auf unserem Kontor (Kirch-
straße 9), bei unsern Agenturen und bei unsern Trägerinnen das
Abonnement anmelden. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten
die „Badische Landeszeitung“ sofort — bis zum 1. Nov.
gratis — zugestellt.

Der Abonnementspreis beträgt für Karlsruhe für zwei
Monate, durch eine Agentur bezogen: 1 M. 70 Pf., in das Haus
gebracht 1 M. 90 Pf., durch die Post (ohne Zustellgeb.) 1 M.
70 Pf. bei Vorauszahlung.

Verlag der Bad. Landesztg.

* Die Enthüllungen des Fürsten Bismarck

über den Geheimvertrag zwischen Deutschland und
Rußland, der bis zu Bismarck's Rücktritt im Jahre 1890
gedauert hat, wurde, wie wir gestern noch telegraphisch berichtet
haben, jetzt auch vom „Reichsanzeiger“ einer offiziellen Erklärung
gewürdigt. Auf den materiellen Inhalt jener Enthüllungen geht
das Regierungsblatt nicht ein, und man wird wohl kaum fehler-
greifen, wenn man in diesem Umstände eine indirekte Be-
stätigung der Mitteilungen in den „Hamb. Nachrichten“ fin-
det. Spricht auch der „Reichsanzeiger“ davon, daß „Falsches zu
berichten und Unvollständiges zu ergänzen“ wäre, so wird man
im großen und ganzen die Enthüllung des Alt-Reichskanzlers
dafür, daß ein Geheimvertrag mit Rußland thatsächlich bestand
und im Jahre 1890 aufgegeben wurde, als richtig anerkennen
müssen.

Daß es sich nicht bloß um ein allgemeines Einvernehmen,
um eine persönliche Uebereinstimmung der leitenden Männer han-
delt, sondern um eine formell und auf einen bestimmten Zeit-
raum abgeschlossene Abmachung, besätigen die „Hamb. Nachr.“
in ihrer Montagsnummer noch ausdrücklich, indem sie in einer
Kolonne gegen die „Köln. Ztg.“ sagen:

Rußland hat das größte Interesse daran, daß die jegige europäische
Machverteilung nicht definitiv geändert wird und es würde im Falle
eines deutsch-französischen Krieges darnach handeln. Unangenehm wäre
nur für Deutschland, daß es für den Fall eines neuen französischen An-
griffs der wohlwollenden Neutralität Rußlands nicht sicher sein
könnte, wie bis zum Jahre 1890, wo das diese Eventualität
sichernde deutsch-russische Abkommen abließ und vom
Grafen Capriotti erneuert wurde.

Der „Reichsanzeiger“ läßt nun an den Mitteilungen der „Hamb.
Nachr.“ eine überaus scharfe Kritik. Er erklärt diplomatische
Vorgänge, wie die in Rede stehenden, als „strenge Staats-
geheimnisse“, die gewissenhaft zu wahren eine Pflicht sei,
deren Verletzung eine Schädigung der wichtigsten Staatsinteressen
bedingen würde. Es steht außer Zweifel, daß durch den Ar-
tikel des Hamburger Blattes ein Staatsgeheimnis an die Oef-
fentlichkeit gebracht worden ist; fraglich kann nur sein, ob die
Verletzung der Veröffentlichung — beabsichtigt oder nicht —
eine Schädigung der wichtigsten Staatsinteressen sein wird. So
viel für die Auffassung des Regierungsblattes spricht, so steht
uns Bismarck doch als Staatsmann und als Patriot zu hoch,
als daß wir ohne weiteres annehmen möchten, er könnte sich
durch irgend eine Nebenrücksicht zu einem Schritte hinreißen
lassen, der die wichtigsten Staatsinteressen unseres deutschen
Vaterlandes verletzen würde. Bismarck hat bei seinem Vor-
gehen stets ein ganz bestimmtes, klug und sicher berechnetes Ziel
im Auge; daß das aber unter den heutigen Umständen nur darin
bestehen könnte, dem Grafen Capriotti um den Preis einer
Schädigung wichtiger deutscher Interessen etwas Unangenehmes
zu sagen und die eigene Politik in besonders glänzendem Lichte
erscheinen zu lassen — das können wir nun und nimmermehr
annehmen. Wenn Bismarck heute an die Gefahren des preußi-
schen Kolonialismus erinnert, wenn er heute, wo der russisch-
englische Antagonismus mit Recht als das alles beherrschende Welt-
frage bezeichnet wird, darauf hinweist, daß eine verkehrte deut-
sche Politik das mächtige Rußland mit Gewalt in die französi-
schen Arme getrieben habe, so erscheint ihm diese Warnung als
eine Pflicht gegenüber dem Vaterland, der gegenüber ihm
sogar den Vorwurf einer äußeren Verletzung anderer Pflichten
gering erscheint, und wir leben der Zuversicht, daß die Früchte
der Veröffentlichung in nicht allzu ferner Zeit erkennbar
werden dürften.

Allerdings hat die Enthüllung bei unseren österreichischen
Bundesgenossen böses Blut gemacht; man sieht sich in Wien emp-
findlich darüber, daß man von den deutsch-russischen Abmachungen
offenbar nicht unterrichtet war, und es gewinnt den An-
schein, als ob dort Zweifel an der aufrichtigen Vertragstreue
Deutschlands aufzulaufen wollen. Daß eine hiedurch bedingte
Schwächung des Dreibundes wichtige deutsche Staatsinteressen
verlehen würde, ist nicht zu leugnen, namentlich da England
eifriger als je auf die Lockerung des Dreibundes hinzu-
arbeiten bestrebt ist. Allein die österreichische Mißstimmung
kann nur eine vorübergehende sein, sie muß bei
näherer Betrachtung der Dinge der Ueberzeugung weichen,
daß das deutsch-russische Abkommen, das seit 1890 der
Geschichte angehört, nach seiner Richtung hin im Widerspruch
mit den Bestimmungen des Dreibundes stand und das Deutsche
Reich niemals verhindert hätte, seine Dreibunds-Verpflichtungen
mit voller Vertragstreue zu erfüllen. Im Gegenteil! Das
deutsch-russische Abkommen bildete eine wertvolle Ergänzung
des Dreibundes, die auch Oesterreich — solange es sich nicht zu
einem Angriffskrieg veranlaßt sah — nur Gewinn bringen
konnte. Nach den Bestimmungen des Dreibundes sind sich
Deutschland und Oesterreich beiderseitig zu gegenseitiger Hilfelei-
stung verpflichtet für den Fall, daß eines der beiden von zwei
Seiten angegriffen würde. Für Deutschland kommen in sol-
chem Falle in erster Reihe Frankreich und Rußland in Betracht;
ist aber Rußland bei einem französischen Angriff auf Deutschland
verzwängelt, so ist

für Oesterreich die Gefahr, seinem Verbündeten zu Hilfe kommen
zu müssen, in unabsehbare Ferne gerückt. Auch in Oesterreich
wird man daher bei ruhiger Ueberlegung die Genialität, mit der
Bismarck doppelte und dreifache Sicherheit für die Erhaltung
des europäischen Friedens zu schaffen wußte, ohne unangenehme
Nebenempfindung bewundern können.

Angesichts der Enthüllung der „Hamb. Nachr.“ erinnert
man sich übrigens unwillkürlich an die absolute Sicherheit, mit
welcher Bismarck in seiner großen Rede vom 6. Februar 1888
daron sprach, daß wir von Rußland nichts zu fürchten haben.
Er sagte damals u. a.:

Die Befürchtungen, die im Laufe dieses Jahres aufgetaucht sind,
haben sich viel mehr an Rußland getupft als an Frankreich, oder, ich
kann sagen, an den Austausch von gegenseitigen Aufregungen, Drohungen,
Beschimpfungen und Herausforderungen, welche seitens der russi-
schen Presse und der französischen Presse im Laufe des Sommers statt-
gefunden haben. Ich glaube aber, daß in Rußland die Sache nicht
anders liegt, als sie im vorigen Jahre lag. Die „Freimüthige Zeitung“
hat mit besonders fettem Druck hervorgehoben, daß ich im vorigen Jahre
gesagt habe:

Unser Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit
unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute
über jeden Zweifel erhaben. Wir erwarten von Rußland durch-
aus weder einen Angriff noch eine feindselige
Politik.

Daß dies durch fetten Druck hervorgehoben ist, ist vielleicht in der
Absicht geschehen, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken (Oesterreich),
vielleicht auch in der Hoffnung, daß ich inzwischen anderer Meinung
geworden sein könnte und heute überzeugt wäre, ich hätte mich in die-
sem Vertrauen zur russischen Politik vor einem Jahr geirrt. Das ist
nicht der Fall.

Gegenüber den Stimmen der russischen Presse habe ich das unmittel-
bare Zeugnis des Kaisers Alexander selbst, nachdem ich seit mehreren
Jahren vor einigen Monaten wieder die Ehre gehabt habe, von dem
Jahren in Audienz empfangen zu werden. Ich habe mich auch da wie-
derum überzeugt, daß der Kaiser von Rußland keine kri-
gerischen Tendenzen gegen uns hegt, keine Absicht
hat, uns anzugreifen, überhaupt Angriffskriege zu
führen. Der russischen Presse glaube ich nicht; den Worten des
Kaisers Alexander glaube ich und vertraue ich ab-
solut. Wenn beide mir gegenüber auf der Wage liegen, so schnell das
Zeugnis der russischen Presse mit ihrem Haß gegen Deutschland feber-
leicht in die Höhe und das Zeugnis des Kaisers Alexander persönlich
hat das durchschlagende Gewicht für mich. Ich sage also: die Presse
veranlaßt mich nicht, unsere Beziehungen zu Rußland heute schlechter
anzufassen als vor einem Jahre.

Und ich gehe so weit in meinem Vertrauen, daß ich überzeugt bin,
selbst dann, wenn wir durch irgend eine explosive Erscheinung in Fran-
reich, die niemand vorher berechnen kann, und die von der heutigen
Regierung in Frankreich sicher nicht beabsichtigt wird — wenn wir uns
durch deren Eintreten in einen französischen Krieg verwickelt fänden,
daß darauf der russische nicht unmittelbar folgen
würde; umgekehrt, würden wir in einen russischen Krieg verwickelt, so
würde der französische ganz sicher sein; keine französische Regierung
würde sich gegen uns, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen
haben würde. Aber Rußland gegenüber erlaube ich noch heute, daß ich
keines Uebermaßes gewärtig bin, und nehme von dem, was ich im vorigen
Jahre gesagt habe, nichts zurück.

Dieses fetteste Vertrauen, daß Rußland sogar in dem
Falle eines französischen Angriffs uns in Ruhe lassen würde,
vermögen wir jetzt, nachdem wir Kenntnis von den deutsch-russi-
schen Abmachungen erhalten haben, vollkommen zu würdigen.

„Der Dreibund“

ist das Thema eines Gesprächs, das ein Freund der „N. Fr. Pr.“
dieser Tage mit einem deutschen Staatsmann in Ham-
burg gehabt haben will. Das Interview ist interessant und
wenn es von einem aktiven Staatsmanne herrührt, auch wichtig.
Wir enthalten uns zunächst jeden Kommentars und teilen die Ver-
öffentlichung des Wiener Blattes nachstehend im Wortlaut mit.

„Das Gespräch drehte sich zunächst um den Zarenbesuch in Fran-
reich und die politische Bedeutung desselben. Der Staatsmann sprach
sich über die Bedeutung dieses Besuchs aus, daß der Besuch zur
Aufrechterhaltung des bisherigen Verhältnisses Frankreichs zu Ruß-
land notwendig gewesen sei und daß die Unterlassung desselben Ruß-
land die Vorteile geschildert haben würde, die es jetzt in seiner Politik
und Finanz von französischer Seite genießt. Neue Abmachungen seien
nicht getroffen worden; die wiederholte und feierliche Bekräftigung der
alten sei nötig gewesen, um die Franzosen bei guter Laune zu erhalten.
Thatsächlich habe der Besuch nach der Dreibundseite hin eine Erhöhung
der vorhandenen Friedensgarantie. Anders liege die Sache in Bezug
auf England.“

„Glauben Sie... an die Möglichkeit der Wahrscheinlichkeit einer
Lockerung des Dreibundes?“

„Nein, in dem Sinne, wie es die Engländer meinen, gewiß nicht.
Wenn die russisch-französische Entente den Sinn hätte, den ihr die
Pariser Charvinipresse und die Londoner Timesblätter zuschreiben,
so würde die natürliche Folge davon nicht eine Lockerung, sondern eine
Befestigung des Dreibundes sein. Wenn eine Lockerung eintrete, so
würde das nur beweisen, daß in Paris nichts abgemacht wurde, was
den Dreibund oder Teilnehmer desselben bedrohen könnte. Aber ein-
weilen glaube ich überhaupt nicht an eine solche Lockerung, weil ich noch
keine Ursache dazu sehe.“

„Wo... sagen „einweilen“; das scheint doch auf die Möglichkeit
einer späteren Lockerung hinzuweisen.“

„Ein Bündnisvertrag ist als Menschenwerk natürlich den Gesetzen
der Vergänglichkeit unterworfen, aber niemand kann voraussehen,
wann und unter welchen Umständen er der Einwirkung dieses Naturge-
setzes unterliegt.“

„Ist in absehbarer Zeit eine solche Wandlung wahrscheinlich?“

„Darauf kann ich nur erwidern: Cessante causa cessat
effectus.“

„Und wie wäre das in diesem Falle zu verstehen?“
„Die Causa des deutschen Vertrages mit Oesterreich ist bekannt,
die der Vertrag mit Italien ihr analog. Der deutsche Vertrag mit
Oesterreich hatte, wie Sie ja wissen, seinen Ursprung in Bestimmungen,
Eingablichkeiten und Gefährlichkeiten, in welche Oesterreich die russische
Politik gegen Deutschland hineingetrieben hatte; es wurden von
russischer Seite Zusicherungen an Deutschland gestellt, deren
Erfüllung unser Land in russische Abhängigkeit gebracht
hätte, ohne die weitere Sicherheit gegen fernere Ansprüche
zu gewähren; dadurch wurde Deutschland zu der lange vermißten
Option zwischen Rußland und Oesterreich, zum Abschluß des Bünd-
nisvertrages mit letzterem Staate genötigt. Dieser Bündnisvertrag hatte
aber lediglich den Zweck, die Gefahr eines russischen oder eines russisch-
französischen Angriffskrieges auf einen der beiden kontrahenten abzumenden.
Daß diese Gefahr von der beteiligten Diplomatie jetzt noch als vorhanden
angesehen wird, ist mir sehr unwahrscheinlich.“

„Wo... sind der Meinung, daß mit dem Schwenden der Ursache
auch die Wirkung aufhöre, also der Vertrag demnach erlöschen werde?“

„Das will ich damit keineswegs gesagt haben. Die Einzelverträge
sind ja erst kürzlich wieder erneuert worden, und der Dreibund ist auch

schließlich mehr geworden als eine Versicherungs-Anstalt gegen Rußland
Er bildet eine eminente Friedensgarantie, bedroht niemanden und
stellt einen festen Faktor der europäischen Rechnung dar; wenigstens
bis jetzt.“

„Aber wie lange wird die europäische Situation fortbestehen, wo
es jedem der am Dreibunde beteiligten Staaten möglich ist, den Vertrag
aufzuschließen?“

„Das kann niemand wissen; nur das Eine ist sicher, daß kein
Staat, der selbständige Politik treibt, einen Vertrag halten kann, wenn
dieser anfängt, ihm an der wirksamen Vertretung seiner eigenen Inter-
essen zu hindern; dann tritt der Fall ein, den der Urheber des Drei-
bundes im Auge hatte, als er seinerzeit im Reichstage erklärte, seine
Groszmacht könne auf die Dauer im Widerspruch mit den Interessen
ihres eigenen Volkes an dem Wortlaute irgend eines Vertrages kleben,
sie sei schließlich genötigt, offen zu erklären: Die Zeiten haben sich ge-
ändert, ich kann den Vertrag nicht mehr halten und muß von demselben
zurücktreten.“

„Wie hätte man sich eine solche Peripetie in Bezug auf den Drei-
bund vorzustellen?“

„Sie wird sich aus der Logik und dem Schwergewichte derjenigen
Thatsachen vollziehen, die sich, unbekümmert um Vertragsparagrafen,
nach Maßgabe der realen Interessen der Völker entwickeln.“

„Zum Beispiel?“

„Solche Beispiele liegen doch nahe genug. Wenn sich z. B. ein
russisch-französisches Einvernehmen gegen England herausbilde, so
könnten Umstände eintreten, die bewirten, daß Italien, das in Afrika
mit England gemeinschaftliche Interessen hat und auch auf den maritimen
Schutz Englands gegen Frankreich angewiesen ist, durch England in die
Verfuchung gebracht wird, sich von seinen Bundesgenossen abzusondern,
falls diese es in ihrem Interesse für ersprießlich erachten sollten, die
russisch-französische Allianz gegen England zu begünstigen.“

„Kann nach Gw... Auffassung der Fall einer solchen Begünstigung
leicht eintreten?“

„In Bezug auf Oesterreich-Ungarn wohl nicht, weil dessen Interessen
auf dem Balkan und am Mittelmeer vielfach mit den englischen parallel
gehen. Aber in einer ganz anderen Lage befindet sich doch Deutschland,
und ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß Situationen eintreten, in
denen dieser Staat es als Pflicht gegen sich selbst empfindet, eine etwa
vorhandene russisch-französische Kooperation gegen England seinerseits zu
unterstützen. Die Anfänge dazu liegen ja auch bereits vor.“

„Wo... meinen die offtatistische Sache...“

„Ja, und ich glaube, daß Deutschland nicht mehr in der Lage ist,
sich den Konsequenzen seiner damaligen Handlungsweise zu entziehen,
selbst wenn es wollte. Aber ich glaube auch nicht, daß es wollen wird.
Wenn damals die Beteiligung Deutschlands politisch geboten erschien,
so war das doch nur aus dem Bedürfnisse zu erklären, mit Ruß-
land die Fühlung wieder zu gewinnen, die durch manche Erlebnisse der
letzten Jahre verloren gegangen war. Ist das aber der Fall und hat man
seitdem auf deutscher Seite sich auf dem damals eingeschlagenen Wege
fortbewegt, so wird man sich jetzt sicherlich vor Halbheiten hüten, die mit
dem Eizigen zwischen zwei Stühlen endigen könnten, von denen alldam keiner eine
Stütze bieten würde. Es sind auch keine deutschen Interessen zu ent-
scheiden, die uns den Zwang auferlegten, von Rußland abzufallen und seinen
Bestrebungen feindselig gegenüberzutreten. Wir haben Frankreich jahrzehnte-
lang die Freiheit seiner Entwicklung in jeder anderen Richtung als in
der Schatz-Vorrichtungsgenossenschaft, ja wir haben sie sogar gefördert,
zum Beispiel in Tunis, in Indien, in Afrika, und wir haben doch mindestens
denselben Grund, es als wichtig für das deutsche Interesse zu betrachten,
wenn Rußland seine Befriedigung mehr im Osten gegen England, als
im Westen gegen uns sucht. Ich sehe absolut kein deutsches Interesse,
das uns nötigte, den russischen Wünschen in Asien entgegenzutreten,
namentlich nachdem die Bahn einmal eingeschlagen ist. Die deutsche
Politik würde unbedingte Schäden nehmen, wenn sie die Richtung, die sie zu Gunsten Rußlands ge-
nommen hat, ohne erkennbare und zwingende Gründe
wieder wechselt. Nachdem wir die Hand Rußlands einmal
ergriffen haben, müssen wir sie auch festhalten in Fragen, wo unsere
eigenen Interessen uns dabei nicht im Wege stehen. Wenn das Gegen-
teil geschähe, wenn zum Beispiel wieder englische Einflüsse die Oberhand
in unserer Politik erlangten, so würde das den Erfolg haben, daß wir
Rußland an einer ganz besonders empfindlichen Stelle verletzen und
gegen uns mißtrauisch machen, was uns von der englischen Seite
keinerlei Nutzen einbrächte, unsere europäische Situation aber gegen jetzt
wesentlich verschlechtern würde.“

„Nach Gw... Ansicht ist also dringend zu vermuten, daß Deutsch-
land seinen Platz an der Seite Rußlands und eventuell Frankreichs Eng-
land gegenüber behalten wird?“

„Ja, davon bin ich überzeugt.“

„Und die Folgen davon könnten schließlich zerlegend auf den Drei-
bund einwirken?“

„Dagegen möchte ich keine Bürgschaft übernehmen, wenigstens so
weit Italien in Betracht kommt. Oesterreich-Ungarn dagegen dürfte
schwerlich das Bedürfnis empfinden, seine jetzige Stellung im Dreibunde
mit einer solchen an der Seite Englands zu vertauschen und eventuell
einer deutsch-russisch-französischen Koalition gegen England als dessen
Allierter gegenüberzutreten. Aber es ist ja auch eine deutsche Unter-
stützung Rußlands gegen England denkbar, die neben seinen Dreibunds-
verpflichtungen stattfinden oder doch wenigstens nur in Bezug auf Italien
Schwierigkeiten ergeben könnte.“

„Würde Deutschland in letzterem Falle sich wohl durch die Rücksticht
auf Italien abhalten lassen, Rußland gegen England weiter zu unter-
stützen?“

„Das glaube ich nicht. So lange Italien für den Dreibund zu
erhalten ist, ohne daß Deutschland dafür Opfer zu bringen hat, die
größer sind, als der Nutzen, den es aus dem Verbleiben Italiens im
Dreibunde zieht, wird es gewiß mit allen Mitteln die fernere Zug-
kraft des Königreiches zu sichern suchen. Aber wenn der umgekehrte Fall
eintrifft und Deutschland durch die europäische Konstellation gezwungen
würde, zwischen der Rücksticht auf Italien und der auf Rußland zu op-
tieren, so kann das Ergebnis doch kaum zweifelhaft sein.“

„Sind Gw... der Ansicht, daß diese Frage demnach aktuelles
Interesse gewinnen könnte?“

„Das glaube ich kaum, weil der Druck Englands auf Italien schwer-
lich so weit gehen wird, dies seinerseits vor eine Alternative zu stellen,
bei der die eine Eventualität auf Absonderung vom Dreibunde lauten
würde. England hat dafür doch nicht genug zu bieten, und ein allzu
starker Druck auf Italien könnte doch zur Folge haben, daß sich dieser
Staat entweder mit voller Energie auf den Dreibund stürzt oder gar
dem Beispiele Deutschlands folgte und, unbeschadet seines Gegen-
satzes zu Frankreich, die russische Politik gegen England unterstützte, wenn es
durch Rußland die Garantie erlangte, gegen französische Aggression auch
ohne englischen Schutz hinreichend gesichert zu sein. Die große, alles
beherrschende Weltfrage ist zur Zeit zweifellos die
russisch-englische Antagonismus; alles andere tritt dagegen
zurück. England wäre zwar für Italien der minder gefährliche
Protector, aber Italien würde doch sehr reifliche Erwägungen anstellen,
ob es sich in die Arme Englands wolle. Dazu ist doch dieser Staat
ein zu unzuverlässiger Bundesgenosse, und England wird sich in eigener
Erkenntnis dieser Sachlage hüten, Italien zur Entscheidung zu drängen.
Es wird sich damit begnügen, auf Italien zu drücken, damit dieses wie-
der auf Deutschland und Oesterreich drückt.“

„Sonach bliebe also die künftige Entwicklung der europäischen Poli-
tik und damit der Bestand des Dreibundes von der Fortentwicklung
abhängig, welche das deutsche Einvernehmen mit Ruß-
land und die Unterstüßung der russischen Politik nimmt?“

„Zweifellos, und ich erblicke in den Darmstädter und Wiesbadener
Besuchen eine Bekräftigung der Ansicht, daß diese Entwicklung ihre bis-
herige Tendenz beibehält.“

„Hieran schließen sich noch Ausführungen über das persönliche

Verhältnis zwischen den beiden Kaiser, welches gegen das früher unter Alexander III. bestandene sehr verbessert sei; beide Herrscher wüßten sich, abgesehen von ihrem europäisch-politischen Einverständnis, namentlich auch in der persönlichen Vertretung des legitimistisch monarchischen Prinzips einig. Was sonst noch in dieser Richtung geäußert wurde, entzieht sich vorläufig der Mitteilung.

Vom Tage.

• Karlsruhe, 28. Okt.

Ueber den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag
kann die „R. Fr. R.“ auf Grund von zuverlässigen Informationen folgende Mitteilungen machen: Das von dem Hamburger Blatte erwähnte Abkommen hat allerdings bestanden, und zwar nicht nur auf Grund mündlicher Vereinbarungen, sondern schriftlich und ist von den Ministern im Namen ihrer Monarchen vollzogen worden. Eine Mitteilung dieses Vertrages an die übrigen Mächte hat nicht stattgefunden. Der Inhalt des im Jahre 1884 auf 6 Jahre abgeschlossenen Vertrages ging zwar nicht so weit wie der deutsch-österreichische Bündnisvertrag, das ein aktives militärisches Eingreifen des einen Kontrahenten fordert, sobald der andere von Rußland angegriffen wird, aber er enthielt doch die Verpflichtung zur „wohlwollenden Neutralität“ für jede der beteiligten Mächte, sobald dieselbe unprovociert von einer dritten Macht, beispielsweise also Deutschland von Frankreich oder Rußland von Oesterreich, angegriffen würde. Der Vertrag war also in letzterer Beziehung die Umkehrung des deutsch-österreichischen insofern, als, wenn Oesterreich seinerseits und auf seinem Gebiet von Rußland angegriffen worden wäre, Deutschland mit gegen Rußland hätte stehen müssen, während, wenn umgekehrt Oesterreich der provocierende und angreifende Teil gewesen wäre, Deutschland zur Aufrechterhaltung der vertragsmäßig übernommenen wohlwollenden Neutralität gegen Rußland verpflichtet gewesen wäre. Es war dies der viel erwähnte zweite russische Strang auf dem deutschen Bogen. Er brachte Deutschland in die Lage, nach der österreichischen, wie nach der russischen Seite hin Deckung in Gestalt einer Zwischmühle zu haben, die es beliebig und ganz nach seinem Bedürfnisse nach der einen oder andern Seite hin auf- oder zuziehen konnte, und die ihm außerdem vollständige Sicherheit vor Frankreich gewährte. Diese für Deutschland so außerordentlich günstige und ihm die europäische Suprematie sichernde Sachlage änderte sich im Jahre 1890. In diesem Jahre lief das 1884 geschlossene deutsch-russische Abkommen ab, sollte aber auf weitere sechs Jahre erneuert werden, und die Vorbereitungen dazu waren schon so weit gediehen, daß nur noch die Unterschriften vorzunehmen waren. Da trat die Kanzlerkrise ein, und eines Tages erschien Graf Schadow beim Fürsten Bismarck und erklärte ihm, daß sein Herr, der Zar, Bedenken trage, das Geschäft abzuschließen, wenn in Deutschland ein anderer Staatsmann als Fürst Bismarck die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hand bekäme. Dieser russische Zwischenfall entsprach genau der bekannten Aeußerung Alexanders III. bei seiner Berliner Anwesenheit im Jahre vorher, als er dem Fürsten Bismarck erklärte, er habe volles Vertrauen zu ihm, aber wer garantiere, daß er Kanzler bleibe? Als der Kanzlerwechsel dann vollzogen war, erklärte sich Rußland democh bereit, auch mit Garriwi abzuschließen, in dem offenbaren Bedürfnisse, daß selbst ein Staat wie Rußland eines sicheren europäischen Bundesgenossen nicht entbehren kann, und als solcher kam für die russische Defensive, also abgesehen vom deutsch-österreichischen Bündnisse, Preußen, beziehungsweise Deutschland nach allen Traditionen und nach politischen Vernunftgründen immer als nächster und sicherster in Betracht. Zu seinem Erstaunen ersah jedoch Graf Schadow mit seiner neuen Annäherung eine Zurückweisung von deutscher Seite mit der Begründung, daß Deutschland diese komplizierte Politik nach zwei Seiten hin nicht fortsetzen, sondern sich einfach auf sein Dreibundverhältnis beschränken werde. Damit war die Erneuerung des bis dahin bestandenen deutsch-russischen Abkommens verfallen, und es lief im Sommer 1890 stillschweigend ab. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese deutsche Ablehnung, die durch gleichzeitige Aufnahme eines England und Polen freundlichen Kurzes in ihrer Fühlung gegen Rußland verschärft wurde, Rußland bewegen hat, den jetzt vorhandenen Anschluß an Frankreich zu suchen, um den deutschen Anschluß zu deden.

Ans Hamburg läßt sich das Wiener Blatt telegraphieren: „Entgegen der Auffassung Berliner Blätter erfährt Ihr Korrespondent von informierter Seite, daß der Artikel der „Hamb. Nachr.“ über das deutsch-russische Abkommen keineswegs eine Privatleistung der Redaktion ist (selbstverständlich! Die Red.) und weitere Enthüllungen vermuten läßt.“

Die französischen Kammern

sind gestern wieder zusammengetreten und, wie schon längst vorher angekündigt war, mit einem vollen Jubelacord über die Jarentage eröffnet worden.

Im Senat verlas der Präsident Loubet das Telegramm, welches der Zar aus Pagny an den Präsidenten Faure gerichtet hatte. Loubet hielt sodann eine Ansprache, in welcher er ausführte, die Reize des russischen Herrscherpaars habe Frankreich Gelegenheit gegeben, den schon alten Sympathien, welche auf der Gemeinsamkeit der Gesinnung, der Bestrebungen und der Interessen begründet sind, Ausdruck zu verleihen. Die Worte, welche in Cherbourg, Paris und Châlons gefallen seien, hätten den Banden, welche die beiden großen Nationen umschließen, ihre endgültige Weihe gegeben. Die Verbindung habe bereits ihre wohlthätige und friedliche Wirkung ausgetübt und berechtige den beiden Mächten, die Welt zu den besten Hoffnungen. Der Regierung und dem Parlament gerichte es zur Ehre, durch ihre Weisheit die Ereignisse, welche sich vollzogen hätten, möglich gemacht zu haben. Das ganze Land besenue seine Freude über die bereits erzielten Ergebnisse. Der Senat bringe dem Kaiser von Rußland seine Wünsche dar für den Ruhm seiner Regierung, für das Glück der kaiserlichen Familie und für das Wohlergehen Rußlands. — Der Justizminister Darlan dankte unter einmütiger Zustimmung des Hauses dem Präsidenten Loubet für seine Rede. Der Senat lege den großen vollendeten Ereignissen ihren Wert und ihre wirkliche Bedeutung bei. Eine glänzende Kundgebung vollziehe sich heute in der Kammer. Dieses Gedenken werde die Politik der Regierung stärken. Das Land werde ihm zustimmen. Die Regierung spreche hier für ihre tiefe Dankbarkeit aus. (Beifall). — Senatspräsident Loubet gedachte alsdann der verstorbenen Mitglieder des Hauses. Zu Ehren des jüngst verstorbenen Challemeil-Lacour verlas er das Hans.

Deputiertenkammer. Der Wiederzusammentritt der Kammer vollziehe sich in größter Ruhe. Eine Anzahl Abgeordneter ist nicht erschienen. Präsident Brisson verlas ein Schreiben des Präsidenten Faure, in welchem dieser der Kammer das Telegramm mitteilt, welches der Zar ihm aus Pagny an der Mosel übersandte. Brisson fuhr alsdann fort: Die Deputiertenkammer, welche seit 1881 in feierlicher Weise die Sympathien Frankreichs für Rußland bekundet, wird bei Krönung der Tagung dem erhabenen Herrscher Gruß entbieten und an ihn sowohl wie für die Kaiserin Wünsche für den Ruhm ihrer Regierung und das Glück ihres Reiches richten wollen. Nach den Kundgebungen in Kronstadt und Toulon haben die Oloberfesttage die Freundschaft zweier großen und stolzen Nationen sich von neuem schenken sehen. Die Dichter, die Künstler, die Presse und das ganze Volk habe diesen Entlassung gefeiert. Die französische Demokratie hat gezeigt, daß unsere Staatsverrichtungen weit davon entfernt sind, den Geist der Folgerichtigkeit, Einheit und Einheitsliebe in ihren Zielen auszusprechen. In Paris, dessen Größe und Ruhm das befreundete Herrscherpaar so tief empfinden und so anerkennend gerühmt hat, vertrat die aus ganz Frankreich zusammengesetzte Menge das über ihr schwebende Bild des Vaterlandes. Ein Herz, ein Wille, Welch ein Schauspiel, welche Begeisterung, welche Einigkeit des Vertrauens und der Hoffnung. — Die Rede wurde in ihrem ganzen Verlauf mit lebhaften Kundgebungen begleitet. — Ministerpräsident Méline dankte Brisson für seine patriotischen Worte und führte aus, die Kammer habe dadurch, daß sie dem Worten

ihres Präsidenten einmütig beipflichtete, die Bedeutung dieser Kundgebung betonen wollen, welche die Lage Frankreichs gegenüber dem Auslande nur erhöhen könne und gleichzeitig der Regierung alles, die Kraft und die Autorität, welche nötig sei, um im Namen Frankreichs zu sprechen. Méline schloß, er sei überzeugt, das Land werde ihm ebenso zustimmen, wie die Kammer. (Beifall). — Das Haus trat hierauf in die Tagesordnung ein und setzte auf Wunsch des Ministers des Aeußeren, Ganotau, die Beratung der von einigen Abgeordneten der Rechten eingebrachten Interpellation über die Orientangelegenheiten auf den 8. November fest.

Deutsches Reich.

ra Berlin, 27. Okt. Kaiser Wilhelm hat, wie berichtet wird, befohlen, daß die in der Garnisonkirche zu Wilhelmshaven zu errichtende Gedentafel für die beim Untergang des „Lützow“ ertrunkenen Personen auf seine Kosten angebracht wird. Die Widmung lautet: „Es ehrt die gefallenen Helden der Kaiser und des Vaterland.“

Schießplatz Meppen, 27. Okt. Bei der Abfahrt des kaiserlichen Hofzuges brachte der Direktor des Schießplatzes, Hauptmann Bergmann, ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus, in welches die Mannschaften begeistert einstimmten. Der Kaiser verließ dem Direktor Budde den roten Adlerorden 4. Klasse, dem Bureauvorsteher Fielke das Allgemeine Ehrenzeichen. Die Schießversuche sind vorzüglich gelungen. Das Wetter klärt sich auf.

Meißenheim an der Glan, 26. Okt. Im Gegenwort des preussischen Eisenbahnministers Thielen, des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Crausheim, des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Grafen der Regierungspräsidenten Kuer-Spener und Dr. Benzel-Koblenz u. a. sind heute die feierliche Einweihung der preussisch-bayerischen Staatsbahn Oberheim-Kauterode statt. Bei der Festfeier brachte Ministerpräsident Freiherr v. Crausheim den Toast auf den Kaiser, als Förderer der Wohlfahrt und des Friedens, und Minister Thielen den Toast auf den Prinzregenten Luitpold, den weisen, gerechten und thatkräftigen Verweiser Bayerns aus.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

*** Wien, 27. Okt.** Die Abendblätter beschäftigen sich mit den Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ fast nur noch referierend. Ueberall gelangt das volle Vertrauen zu Kaiser Wilhelm und den gegenwärtig leitenden Kreisen in Deutschland zum Ausdruck.

Italien.

*** Rom, 27. Okt.** Der „Times“ wird von hier aus angeblich zuverlässiger Quelle gemeldet, daß der Dreibund im Mai 1897 auflause und nicht im Mai 1896 abgelaufen sei. Der Bund sei nämlich 1892 auf weitere fünf Jahre verlängert worden, mit der Bestimmung, daß er ein Jahr vor seinem Ablauf gekündigt werden könne.

Frankreich.

*** Paris, 27. Okt.** Der Ministerrat beschloß, der Kammer das Projekt betreffend die Kolonialarmee vorzulegen. Nach diesem Projekt sollen die beiden Regimenter der Fremdenlegion in die Truppenverbände der Marine-Infanterie und Artillerie wieder eingereiht werden. — Der Minister des Innern, Barthelemy, legte in der Kammer 4 Gesetzentwürfe, betr. eine Revision des Gesetzes über die Generalkontrakte und über die Verfassung der Gemeindefürsorge vor. Die Vorlage habe den Zweck, eine Decentralisation herbeizuführen und die gegenwärtig bestehenden Präsekturräte durch Bezirksräte zu ersetzen.

Balkanhalbinsel.

*** Konstantinopel, 27. Okt.** Aus amtlicher türkischer Quelle wird die Nachricht, daß eine Zwangs-Kontribution beschlossen sei, für unrichtig erklärt. Die Regierung eröffnete einfach eine freiwillige (!) Subskription, um die notwendigen Fonds für Kompletierung der Ausrüstung der Truppen aufzubringen zu können. Die Mühsalman seien in erster Linie berufen, an der Subskription teilzunehmen, an welcher jedoch auch Christen freiwillig teilnehmen könnten.

*** Konstantinopel, 27. Okt.** Der „Daily Graphic“ meldet von hier: Die armenischen Revolutionäre hätten beschlossen, die Hilfsleistung der Mächte nicht abzuwarten und seien in lebhafter Thätigkeit begriffen. Das Ereignis, mit dem sie in ihrer letzten Note drohten, sei nicht mehr und nicht weniger, als Konstantinopel in Brand zu setzen. In der Stadt herrsche deshalb allgemeine Unruhe. „Daily News“ sagt, daß der Angriff auf den Patriarchen Bartholomäus dem verstorbenen Minister Lobanow Recht gäbe, der die armenischen Revolutionäre für die ganze ungeliche Entwicklung der neuesten Zeit verantwortlich gemacht habe.

Amerika.

*** New-York, 27. Okt.** Eine Massenversammlung nahm gestern eine Entschlieung an, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die armenischen Flüchtlinge nicht als gewöhnliche Ausländer behandelt werden, und in welcher ferner die Regierung aufgefordert wird, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um eine Uebereinstimmung der Mächte zur Beendigung der Grenzfehde in Armenien herbeizuführen. — Nach einer Meldung aus Havana hat Orest Segra die armenischen Flüchtlinge nach zweitägigem Gejocht von dem Berg Socroo Rinorio (?) vertrieben. Die Aufständischen hatten 61 Leute, die Spanier 21, darunter einen Zientenant, sowie 157 Verwundete.

Baden und Nachbarländer.

*** Heidelberg, 27. Okt.** Bei dem Festkonzert am Sonntag Abend zur 350jährigen Gymnasialfeier kam durch den Gymnasialdirektor die Antwort des Großherzogs aus, daß an ihn abgegebene Telegramm zur Verlesung. Diefelbe lautet:

„Ich danke Ihnen von Herzen für die Uebereinstimmung der freundschaftlichen Begrüßung der zur Jubelfeier vereinigten Festversammlung, für deren Kundgebung ich Ihnen dankbar bin. Ich betrage es tief, daß mein demselben Gesandten mich an der Teilnahme der Jubelfeier verhindert. In neuem Mitgefühl bin ich aber in Euch und mit Ihnen allen gewesen mit wärmsten Wünschen für das fernere gesegnete Gedeihen des Gymnasiums.“

*** Heidelberg, 27. Okt.** Von den neuesten Vorlagen an den Bürgerausschuß betrifft II die Gewährung von Zuschüssen zu den Ruhegehältern der Hauptlehrer an der Volksschule, IV den Vorschlag, aus dem 1898er Ueberflüssen der Sparkasse 50 000 Mark in das 1897er Budget der städtischen Schulen einzustellen. — Die Heidelberger Ortskrankenkasse hat — wohl als erste — für ihre Angehörigen eine hygienische Station, die im wesentlichen eine unter ärztlicher Leitung stehende Badeanstalt mit Badezimmer, Douchezimmer, Waschküche, Dampfbaderaum etc. enthält, errichtet. Das Bad wird für Angehörige der Kasse mit nur 5 Pfennigen berechnet. — Heute hat eine Wiederholung der Aufführung der „Zyphonie auf Aulis“, des „Glocken“ von Curtipides durch Schüler des Gymnasiums in anderer Besetzung stattgefunden.

*** Sagsfeld, 27. Okt.** Gestern verließ uns nach 7jähriger gegemter Wirksamkeit Herr Hauptlehrer Grether, um seine neue Stelle in Durlach anzutreten. Wenn wir auch dem verehrten Lehrer zu seiner Verbeßerung Glück wünschen, so müssen wir seinen Weggang doch aufrichtig bedauern, da er in seinem Berufe mit seltener Gewissenhaftigkeit arbeitete. Unsern besten Wünschen begleiten ihn und seine Familie.

*** Eggenstein, 27. Okt.** In dem Garten eines hiesigen Bürgers wurden dieser Tage reife Himbeeren, Prachteremplare, gepflückt.

*** Furtwangen, 26. Okt.** Dieser Tage kam Geheimrat

Münch, Referent über Telegraphen- und Telephonwesen, hierher. Derselbe ist mit Beschäftigung der Telephonleitung im Schwarzwald beauftragt. Herr Münch hat bereits eine Anzahl Schwarzwaldstädte besucht. Wie dem „Echo vom Wald“ mitgeteilt wird, hat die Beteiligung an Telephonverkehr im Schwarzwald alle Erwartungen übertraffen; es werden Verbesserungen und weitere direkte Leitungen in Erwägung gezogen. Ferner ist nach den Aeußerungen des Herrn Geheimrats für Ermäßigung der Telephongebühren im allgemeinen Aussicht vorhanden. Es ist zu hoffen, daß auch der Anschluß an Elßas-Lothringen in Nähe kommt.

*** Aus Baden, 27. Okt.** Das Hotel Schloss Hausbaden bei Badenweiler wurde von Herrn W. Kaiser um den Preis von 180 000 M. an Herrn Fr. Harter, früheren Besitzer des Europäischen Hof in Freiburg, verkauft und ging am 26. Okt. in den Besitz des Käufers über. — Vom Turner bei St. Märgen. Seit Kirchweihdienstag früh sind wir vollständig eingeschneit. Der Schnee lagert 20–30 cm hoch und noch mehr, so daß in der Schule beim Zählen der sieben Häupter sehr viele durch Abwesenheit glänzen. — Hoffenheim. Der 23 Jahre alte Gustav Leucht wurde beim Ausgehen aus dem Zug von den Brüdern Kirchslehler überfallen und derart mit Stöcken geschlagen, daß der Angegriffene, aus 17 Wunden blutend, bewußtlos niederfiel. — Achen. Auf dem Acherplage wurde nach vorausgegangenem Wortwechsel der Sattlergehilfe Hermann Ehret von dem Malergesellen Robert Hobbig von Pleß durch zwei Stiche in die linke Schulter und Seite ziemlich schwer verletzt. Der Meisterheld ist verhaftet. — Gremmelsbach. Der 25 Jahre alte, schon vielfach vorbestrafte Tagelöhner Mathias Kopp und der 21 Jahre alte Josef Kaiser, beide von Langenschlag, pakteten den ledigen Karl Friedrich Fallner von Nussbach an und raubten ihm ein Fäßchen Wein. Kopp wollte den Fäßler überdies des Inhaltes seiner Taschen berauben. Der Gensdarmerie von Tennentrom gelang es, die Thäter in St. Georgen zu verhaften. — Hornberg. In der Nacht vom Kirchweihfest auf Montag kamen Andr. Aebler und Johannes Steiger, beide von Reichensbach, auf dem Johrenbühl in Streit. Nach kurzen Wortwechsel verzeigte Aebler dem 19 Jahre alten Steiger mit einem Prigel einen solchen Schlag auf den Kopf, daß der Betroffene bewußtlos vom Plage getragen werden mußte. Steiger hört seither nichts mehr. — Woos. Infolge anhaltenden Regens ist die Aach abermals über die Ufer getreten und hat die anliegenden Felder überflutet.

Aus der Residenz.

• Karlsruhe, 28. Okt.

*** F. H. H. der Großherzog** hat dem Kaufmann Paul Ritter in Karlsruhe, Inhaber der Cigarrenhandlung Firma P. G. Ritter daselbst, auf Ansuchen das Prädikat „Hoflieferant“ verliehen.

*** Geh. Rat v. Regenauer**, Präsident der Groß. Civilliste, der wegen schwerer Erkrankung schon seit längerer Zeit im Urlaub weilte, beabsichtigt in den nächsten Tagen zu treten. Die derzeitige Anwesenheit des Berliner Gesandten v. Jagmann wird nach dem „Schw. Merk.“ mit der Neubestellung des Präsidents der Groß. Civilliste in Verbindung gebracht.

*** Feierliches Trauermahl.** In der hiesigen katholischen Stadtkirche findet kommenden Dienstag, den 3. November, vormittags 11 Uhr, ein feierliches Trauermahl für den verstorbenen Erzbischof statt, wobei das Requiem von Cherubini zur Aufführung kommen wird.

*** Sejukhoratschung.** Das Provinzialamt Karlsruhe hatte gegen die Entscheidung der Disziplinarkommission, welche der Firma Junker u. Kuh die Erstellung einer Emailwerkstätte genehmigt hatte, Beschwerde erhoben und die Entscheidung des Bezirksrats angefochten. Es begründete seine Beschwerde damit, daß die im Provinzialhaushalt, welches unmittelbar an das Anwesen von Junker u. Kuh steht, lagernden Blechroeräte nicht nur durch Rauch und Ruß, sondern auch durch die Gase, die der Emailofen entwickelt, geschädigt würden. In der getriggen Bezirksratsitzung wurde auf Grund eines Gutachtens der Disziplinarkommission die Beschwerde verworfen. In nicht öffentlicher Sitzung wurden nach folgende Gegenstände der Tagesordnung erledigt: Die Aufsicht über die Hunde; die Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit in den Landorten des Amtsbezirks Karlsruhe; die Verbeßerung der Rechnung der Spar- und Leihkasse in Mäppchen für die Jahre 1894 und 1895 und der Gemeinderrechnung von Rielingen für das Jahr 1894.

*** Beurlaubungsverordnung.** Die beim hiesigen Zeit-Grenadier-Regiment und beim Feldartillerie-Regiment Nr. 14 eingestellten Rekruten wurden heute früh in der Stadtkirche verabschiedet.

*** Die Ergänzungswahl** für den verstorbenen Stadtrat Leichtlin findet Dienstag, 3. November, vormittags 11¹/₂ bis 12 Uhr, im großen Rathhauseaal statt.

*** Die diesjährige Verwaltungskontrollprüfung** wird am Montag, 9. November, ihren Anfang nehmen.

*** Museumsfest.** Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am Montag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, im kleinen Museumsaal statt. Die Tagesordnung ist neben dem Rechenschaftsbericht die Wahl von 3 Vorstandsbearbeitern und 3 Ausschussmitgliedern. — Am nächsten Samstag wird Prof. Dr. v. Duhn aus Heidelberg im großen Museumsaal einen Vortrag über „Attische Graberkunst“ halten.

*** Vortrag.** Im großen Rathhauseaal wird heute Abend Schriftsteller Albert Geiger einen Vortrag über „Gertart Hauptmann“ halten.

*** Im Arbeiterbildungsverein** hielt am Montag Abend Lehrpraktikant Maier einen höchst interessanten Vortrag über „Die Entdeckungsgeschichte der niederrheinischen Lebewesen“. Durch einige angelegte Mikroskope war den Anwesenden Gelegenheit gegeben, Bakterien in ihrer Bewegung zu beobachten. Der lehrreiche Vortrag fand lebhaften Beifall.

*** Der Fährklub Karlsruhe** feiert am nächsten Samstag Abend im „Altonapal“ sein 10. Stiftungsfest. Nach dem Programm finden musikalische Aufführungen, bei welchen der Ehrenpräsident des mittelhessischen Fährverbandes, Herr J. Veierbach aus Heidelberg, seine Mitwirkung zugesagt hat, und ein solennes Bankett statt, an welches sich ein Tanzergnügen anschließt.

Amtliche Nachrichten.

Der Großherzog hat dem H. Fr. Regierungs- und Bauat Jacobi, betriebsökonomischen Mitglied der H. Eisenbahndirektion in Kassel, das Ritterkreuz 1. Klasse des Ordens von Sibirien verliehen. Expeditionsassistent Adolf Hermann in Baden-Baden wurde nach Freiburg versetzt.

Verchiedenes.

*** Personalien.** Das Gesandtschafts-Kaiser Wilhelms, welches General der Infanterie v. Hagbale der Königin Wilhelmine von Holland überreichte, besteht in einem Kreuz aus sieben Chrysolith-Steinen, die von Brillanten umgeben sind. Das Kreuz hat die Gestalt des alten niederländischen Kreuzes und ist dem in Berliner Museum befindlichen Modell nachgebildet. Zu Ehren des Generals v. Hagbale fand ein großes Diner statt. Die Königin Wilhelmine und Königin-Regentin werden am 3. November über Basel nach Südrankreich abreisen. — Generalleutnant z. D. Hans Freyh. v. Wolf, bis zum 8. April 1893 Präses der Prüfungskommission des Ingenieur- und Bionierkorps, ist im Alter von 60 Jahren in Frankfurt a. D. gestorben.

*** Kleine Mitteilungen.** München. In Starnberg wurde der Besitzer einer Villa nebst seiner Tochter auf Verreiben der österreichischen Behörden verhaftet. Wie sich herausstellt, wird der Verhaftete, der ursprünglich Arzt gewesen sein soll und verschiedene Namen

